

Europapolitik

Die Schweiz ist der Frosch im Teich



Klaus Wellershoff
Ökonom bei Wellershoff & Partners

Sokrates soll, so berichtet es der griechische Philosoph Platon, über die Griechen gesagt haben, dass sie wie Frösche um einen Teich sässen. Gemeint waren damit die mehr als 150 von Griechen gegründeten demokratischen Kolonien rund um das Mittelmeer. Schaut man heute auf die Schweiz, scheint es gewisse Ähnlichkeiten mit dem antiken Griechenland zu geben. Nur sitzen wir nicht quakend am Rand, sondern quakend mitten im Zentrum der demokratischen Welt. Zur Erinnerung: Nach dem Demokratieindex des «Economist» liegen 15 der 23 Länder, die als vollständige Demokratien bezeichnet werden, in Europa.

Mit keiner anderen Region der Welt teilen wir Schweizer und Schweizerinnen so viele Werte wie mit diesem Europa. Das fängt bei der historisch religiös geprägten Kultur an und setzt sich bei unserer Vorstellung von Recht, die römische und napoleonische Wurzeln hat, fort. Auch in anderer Hinsicht ist unsere Bevölkerung am engsten mit der europäischen verbunden. Zum Beispiel: Wie viele haben nicht zumindest einen Gross- oder Urgrosselternanteil aus einem anderen Teil Europas? Oder: Die überwiegende Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund stammt aus Europa. Natürlich teilen wir auch grosse wirtschaftliche Interessen. 60 Prozent unseres Export- und 50 Prozent unseres Importhandelsvolumens wickeln wir mit Europa ab. Die Folge unserer Handelsüberschüsse ist ein gewaltiges Auslandsvermögen. Unsere «unabhängige» Geldpolitik produziert Geldmarktzinsen, die quasi parallel laufen zu denjenigen im Euro. Kein Wunder, unsere Konjunktur hängt ja direkt an der Konjunktur von Europa.

Die grössten gemeinsamen Interessen finden sich aber in der internationalen Politik. Eine kleine, offene Volkswirtschaft ist darauf angewiesen, dass die Weltwirtschaft und -gesellschaft regelbasiert funktioniert. Die zunehmende Tendenz hin zur Macht des Stärkeren bedroht kein Land in seinem Wohlstand so sehr wie die Schweiz. Und was machen wir? Wir quaken wie Frösche und lamentieren darüber, wie schlimm Europa ist. Währenddessen wählen und bestimmen andere. Wir schreiben Leitartikel und gefallen uns in einer teils xenophoben, immer aber predigenden Rhetorik. Wer mitten im Teich sitzt und nur quakt, aber nicht mitredet, hat ein Problem. Wenn dann die Rahmenbedingungen in der internationalen Wirtschaft und Politik ohne uns gemacht werden, werden wir marginalisiert. Der Teich wird, wie der sprichwörtliche Topf, allmählich heisser. Die Fundamentalopposition, sogar gegenüber einer begrenzten Teilhabe am europäischen Projekt, macht parteipolitisch vielleicht Sinn. Sie gefährdet aber unseren Wohlstand. Kann man wollen, muss man aber nicht.

Klaus Wellershoff ist regelmässig Kolumnist und Co-Host von «Handelszeitung Morning-Call». Die Ansichten der Gastautoren müssen nicht mit jenen der Redaktion übereinstimmen.

Eigenkapital

Provokation der UBS



Rudolf Strahm
Ehemaliger Preisüberwacher

Die UBS-Generalversammlung von letzter Woche stürzte sich, wie vorausgesehen, mit grossem theatralischem Getöse und breitem Medienecho auf die «Abzocker». Der UBS-CEO Sergio Ermotti hatte mit seinen Vergütungen von 14 Millionen Franken für die neun Monate UBS-Anstellung – mit Nachzahlungen werden es 20 Millionen sein – zweifellos den Spitzenrang auf der Ehrengalerie der Arroganz eingenommen. Bei den angelsächsischen Investmentfonds, die weit mehr als die Hälfte der Aktionärsstimmen kontrollieren, spielte dieser Reputationsschaden allerdings keine Rolle.

Für Fachleute viel bemerkenswerter als die Bonifrage war der schroffe Tenor der UBS-Spitze gegen die zuvor von Bundesrätin Karin Keller-Sutter in Aussicht gestellte höhere Eigenkapitalanforderung für die systemrelevante Too-big-to-fail-Bank. In taktischer Absprache schossen Sergio Ermotti, VR-Präsident Colm Kelleher und der UBS-Schweiz-Sprecher prophylaktisches Sperrfeuer gegen höhere Eigenmittel ihres Bankkonzerns. Sie insistierten auf der Sprachregelung, die UBS «verfüge nicht über eine implizite Staatsgarantie» und sie sei «nicht too big to fail». Es wird interessant sein, zu beobachten, welche Politikerinnen, Politiker und Medien diese Sprachhorder willfährig übernehmen.

Der Hintergrund dieses rhetorischen Abwehrfeuers ist die vorgängige Ankündigung von Bundesrätin Keller-Sutter, die neue UBS müsse in Zukunft für jede ihrer ausländischen Beteiligungsgesellschaften mit bis zu 100 Prozent Eigenkapital gemäss den Vorgaben von «Basel III» rechnen. Dies würde für den Bankkonzern eine zusätzliche Eigenkapitalunterlegung von 15 bis 25 Milliarden Dollar bedeuten. Der sogenannte «Filter», wonach Grossbank-

töchter nur 60 Prozent der regulatorischen Eigenmittel halten müssen, wurde 2014 aufgrund von Lobbys vom Parlament ermöglicht und anschliessend von Finma-Chef Mark Branson zugestanden.

Um der behördlichen Ankündigung zuvorzukommen, kündigte die UBS schon am 2. April an, sie werde in diesem und im nächsten Jahr bis 2 Milliarden Dollar Aktienrückkäufe tätigen und damit die Aktionäre und Aktionärinnen mit einem höheren Aktienwert zusätzlich belohnen. Dieser vorschnelle Akt läuft genau in die gegensätzliche Richtung der behördlichen Absichten – eine unerhörte Arroganz und Provokation gegenüber Bundesbern und dem Staat. Denn weniger Eigenkapital erhöht den Bedarf an Staatsgarantie mit Liquiditätshilfen.

Die Analyse des CS-Kollapses hat nämlich ergeben, dass die Abwicklung der CS mittels Verkauf von Tochtergesellschaften schlicht deshalb verunmöglichbar war, weil diese nur über 60 Prozent des erforderlichen Eigenkapitals verfügten. Jeder Tochterverkauf hätte deren Aufkapitalisierung durch das Stammhaus als «Parent Bank» erfordert. Höhere Eigenmittel sind also nicht einfach ein Nice-to-have-Spleen von Finanzprofessoren, sondern die absolute Vorbedingung für eine notwendige Abwicklung!

Die schroffe Tonalität und die vorseilende, provokative Aktienkapitalreduktion der UBS-Führung geben eine Vorschau auf das Ringen, das mit Blick auf die Gesetzgebung bevorsteht. Altbekannte Machtmechanismen um Eigenmittelvorschriften und Blendertum sind wieder Praxis – wie schon gehabt.

Der Gastautor Rudolf Strahm ist ehemaliger Preisüberwacher und Ex-SP-Nationalrat.

«Eine unerhörte Arroganz und Provokation gegenüber dem Staat.»

Krankenkassenprämien

Fatale Folge der Steuerpolitik

Ein sehr teures Subventionsprojekt steht vor der Haustür. Es ist dies eine nationale Deckelung der Krankenkassenprämien. Am 9. Juni wird darüber abgestimmt. Die Volksinitiative der SP verlangt, dass alle Haushalte subventioniert werden, sofern die Krankenkassenprämien 10 Prozent des Einkommens übersteigen. Die Folge wäre eine massive Erhöhung der Mehrwertsteuer – von bis zu 2,3 Prozent.

Wenn die Initiative angenommen wird, tragen dafür die Sparfüchse des letzten Jahrzehnts die Verantwortung. Sie hätte wohl vermieden werden können, wenn die Beamten und die Politikergilde von damals die Hausaufgaben gemacht hätten. Dies zeigt eine «Handelszeitung»-Analyse. Luzern und weitere Kantone wollten 2012 Zug kopieren: mit tiefen Gewinnsteuern Firmen anziehen und so die Kassen klingeln lassen. Luzern senkte seine Steuern gar auf das Steuerniveau von Irland.

Andere Kantone wie Obwalden zogen nach, wenn auch nicht so radikal. Die Vorgänge wurden als «Race to the bottom» bezeichnet, eine Steuerspirale nach unten, um im Steuerwettbewerb zu bestehen.



Andreas Valda
Bundeshausredaktor

Doch dies führte zu happigen Steuerausfällen. In einer Verzweiflungstat strich der damalige Luzerner Finanzdirektor auch Prämienverbilligungen zusammen. Solche Hauruckkübungen brachten das Stimmvolk gegen die Regierung auf. Luzern wurde vor Bundesgericht verurteilt wegen widerrechtlicher Subventionsregeln. Auch andere Kantone, vor allem im Mittelland und in der Ostschweiz, hatten es übertrieben. Luzern und die vom Urteil indirekt betroffenen Kantone gingen über die Bücher. Die Korrekturen folgten zwischen 2020 und heute.

Doch der Salat war angerichtet. Nach diesen Sparübungen packte die nationale SP die Chance und lancierte 2018 die Initiative, über die nun abgestimmt wird. Kein Monitoringbericht zeigt aktuell, wo die Kantone und ihre Versicherten heute stehen. Die letzten Daten sind von 2020. Damals lagen sechs Kantone über der 10-Prozent-Einkommensgrenze der Prämienbelastung. Heute dürften es mehr sein als damals, weil die Krankenkassenprämien 2023 und 2024 stark gestiegen sind.

Warum die Luzerner Beamenschaft und ihr Finanzdirektor das nationale Gesetz nicht gelesen hatten, ist unklar. Dort steht, dass der untere Mittelstand Anrecht auf Prämienverbilligungen als sozialpolitische Massnahme habe. So steht es seit 1996 im Gesetz. Ein Anruf beim Bundesamt für Statistik und etwas Mathematik hätten genügt, um herauszufinden, wo die Einkommensgrenze des unteren Mittelstandes liegt. Dies zeigt das Bundesgerichtsurteil. Offenbar wurde diese Hausaufgabe nicht gemacht. Mit der Folge, dass nun alle Steuerzahlenden mit einem massiven Subventionsprojekt konfrontiert sind, dessen Kosten man nicht abschätzen kann.

DIALOG

Handelszeitung online

18.4.2024
«Wohnungsnot in den Bergen wurde an der Urne verursacht» Das Zweitwohnungsgesetz und das Raumplanungsgesetz wurden aus einer Not heraus gemacht und vom linken bis weit ins rechte Lager gutgeheissen. Es gab damals dringenden Bedarf, weil ohne diese Gesetze die Landschaft von potenten Investoren zugepflastert worden wäre. Zudem wäre die Anzahl kalter Betten massiv gestiegen. Die einzig richtige Frage, die man stellen muss, heisst: Wie sähe die

Schweiz heute ohne diese Gesetze aus? Vermutlich deutlich schlimmer. Dass die Bau-lobby in den Bergregionen nun wieder Druck macht, ist logisch, aber die oben erwähnte Situation würde sofort wieder eintreten.
HZ-Benutzername: oli52

Das viel grössere Problem ist, dass die Zweitwohnungsinitiative mannigfaltig umgangen wird und wir immer mehr Gutverdienende haben, die ziehen oder Firmen gründen und schlichtweg alles auf dem Markt aufkaufen. Es ist schnell

eine Lösung gefunden, um auch als nicht Ansässiger eine Wohnung zu kaufen. Es dreht sich alles immer nur um den Preis, und weil wir so viel Zuwanderung von Gutbetuchten haben, dreht die Verkaufspreisspirale immer weiter nach oben.
HZ-Benutzername: jaandi

Handelszeitung online

26.4.2024
«Milliarden für die Kartenwirtschaft» Eine sehr gute Studie knackig aufbereitet.
HZ-Benutzername: dch36

► Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle: E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch Twitter: twitter.com/handelszeitung Facebook: facebook.com/handelszeitung Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel

IMPRESSUM

Redaktion «Handelszeitung» Ringier AG, Ringier Medien Schweiz Flurstrasse 55, 8048 Zürich, Telefon: 058 269 22 80 E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch, www.handelszeitung.ch
Verlag Flurstrasse 55, 8048 Zürich, Telefon: 058 269 22 20 E-Mail: verlag@handelszeitung.ch
Herausgeberin Ringier AG, Ringier Medien Schweiz, Brühlstrasse 5, 4800 Zofingen
Geschäftsleitung Ladina Heimgartner
Chefredaktor Markus Diem Meier (mdm)
Stv. Chefredaktoren Holger Alich (ali), Marcel Speiser (spm)
Redaktion Unternehmen/Politik: Michael Heim (Leitung/hec), Seraina Gross (stv. Leitung/rai), Carmen Schirm-Gasser (scc), Bernhard Fischer (fib), Andreas Güntert (ag), Gabriel Knüpfer (gku), Andreas Valda (val) – Management: Tina Fischer (Leitung/fit) – Internationale Wirtschaft: Peter Rohner (Chefökonom/rop), Fabienne Kinzelmann (kin) – Autor, redaktionelle Projekte: Stefan Barmettler (bar) – Volontariat: Lena Madonna (mdl), Samuel Walder (was) – Specials: Florian Fels (Co-Leitung/ff), Jasmine Allg (Co-Leitung/all)
Korrespondent Bundeshaus Andreas Valda (val)
Leiter Strategieprojekte-Management/Innovation Stefan Mair
Channel-Management Dominic Benz (Leitung/dob), Michael Hotz (mth), Olivia Ruffiner (ru)
Social-Media-Redaktion Lukas Borner

Ständige Mitarbeitende Kurt Bahnmüller (kb), Gisbert L. Brunner (glb), Fredy Gilgen (fg), Constantin Gillies (cg), Fredy Hämmerli (fh), Sira Huwiler-Flamm (huw), Pirmin Schilliger (ps), Silvan Wegmann (Karikaturist), Kurt Speck (spe), Daniel Tschudy (dts)
Sekretariat Denise Alt
Layout Julie Body (Creative Director/Leitung), Mario Imondi (stv. AD), Sarina Joos, Tessa Ruppert (Infografik), Marco Müller, Michael Müller, Bernadette Schenker
Bildredaktion Fotodesk RMS, Hanna Jaray
Korrektorat Susanne Scherrer (Leitung), Cordula Hawes-Bilger (stv. Leitung), Sonja Brunschweiler, Carsten Stütz, Karin Büchler
Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen im Sinne von Art. 322 StGB: Admeira AG, DeinDeal AG, Energy Broadcast AG, Energy Schweiz Holding AG, Energy Bern AG, Energy Zürich AG, Energy Basel AG, Grupa Ringier Axel Springer Polska AG, Gryps AG, JobCloud AG, OneLog AG, Ringier Central and Eastern Europe AG, Ringier Digital Ventures AG, Ringier Print Holding AG, Ringier Sports AG, Ringier Sports Media Group AG, SMD Schweizer Mediendatenbank AG, Ticketcorner Holding AG, Ringier MediaTech GmbH (Österreich), S.C. Ringier Romania S.R.L. (Rumänien), EJOBS GROUP S.R.L. (Rumänien), REALMEDIA NETWORK SA (Rumänien), Ringier Pacific Limited (Hongkong), Homsters Asia Pte. Ltd. (Singapur), Ringier Vietnam Company Limited (Vietnam), Ringier Vietnam Classifieds Company Limited (Vietnam), Ringier One Africa Media (Pty) Ltd (Südafrika)
Vermarktung Ringier Advertising, Flurstrasse 55, Postfach, 8021 Zürich, Ringier Advertising, Flurstrasse 55, Postfach, 8021 Zürich Anzeigen/Media Services: Tel. 058 269 20 00; mediaserviceprint@ringier.ch Anzeigenpreise und AGB: www.ringier-advertising.ch Managing Director: Thomas Passen Director Sales: Luca Schena Head of Sales: Annick Cochard, Thierry Hansen Director Media Services Print & Digital: Sarah Näf Teamlead Media Service Print: Ruth Gmür Head of Media Service Digital & AdOperations: Sabrina Miccoli Abonnemente: 1-Jahres-Abo Schweiz: Fr. 290.– (inkl. Porto und MwSt.), 1-Jahres-Abo Europa: Fr. 385.– (inkl. Porto); Halbjahres-Abo Schweiz: Fr. 160.– (inkl. Porto und MwSt.), Halbjahres-Abo Europa: Fr. 207.50 (inkl. Porto) Einzelverkaufspreis: Fr. 5.50; Erscheinung: wöchentlich (Donnerstag)/ 50 Ausgaben.
Kundenservice Telefon: 058 269 25 05, kundenservice@handelszeitung.ch
Druck DZZ Druckzentrum Zürich AG Wemf-Auflage: 31969